

Zum 20. Mal: Die Welt sagt NEIN zur Blockade

Kuba

Dienstag, den 25. Oktober 2011 um 18:52 Uhr



Zum zwanzigsten Mal in Folge hat die UN-Vollversammlung in New York einer von Kuba vorgelegten Resolution gegen die seit einem halben Jahrhundert von den USA gegen die Insel aufrechterhaltenen Blockade zugestimmt. 186 Länder votierten für die Verurteilung, nur die USA und Israel stimmten für deren Aufrechterhaltung. Es gab drei Enthaltungen von Mikronesien, Palau und den Marshall-Inseln. Libyen und Schweden beteiligten sich nicht an der Abstimmung. In der Debatte hatten sich zuvor Staatenbünde wie die Karibikgemeinschaft CARICOM oder die Bewegung der Nichtpaktgebundenen an die Seite Kubas gestellt.

Venezuelas UN-Botschafter Jorge Valero forderte nicht nur die Aufhebung der verbrecherischen Blockade, sondern auch die Freilassung der noch vier Kubaner, die in US-Gefängnissen einsitzen, weil sie ultrarechte Gruppen in Miami unterwandert hatten, um Anschläge gegen Kuba zu verhindern. Ausserdem müsse dem vor einigen Tagen freigelassenen René González die Rückkehr in seine kubanische Heimat erlaubt werden. Valero erinnerte daran, dass zugleich geständige Terroristen wie Luis Posada Carriles in den USA Straffreiheit genießen.

Bolivians Vizeausserminister Juan Carlos Alurralde nannte Kuba ein Beispiel für die künftigen Generationen, denn trotz der durch die US-Blockade verursachten Verluste sei es dem Land gelungen, voranzuschreiten und seine Unabhängigkeit zu verteidigen.

Für Kuba wies dessen Außenminister Bruno Rodríguez auf die dramatischen Folgen hin, die das Vorgehen Washingtons gegen sein Land nach wie vor hat, speziell für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Rodríguez wies auch die Behauptung zurück, dass es bei der Blockade um eine Massnahme gegen Menschenrechtsverletzungen in Kuba gehe. Vielmehr seien es die USA, die zum Beispiel ihren Bürgern Reisen auf die Insel verweigern. Der Diplomat erinnerte auch an die von US-Behörden gegen europäische Unternehmen verhängten Strafen, weil diese Handel mit Kuba treiben, sowie an das Vorgehen nordamerikanischer Dienste wie e-bay und PayPal gegen Onlineshops in Deutschlands, damit diese keinen kubanischen Rum mehr verkaufen. Diese Massnahmen würden Kubas Weg jedoch nicht aufhalten: »Mehr Revolution und besseren Sozialismus!«

Der in seiner Rolle kaum zu beneidende US-Botschafter beschwerte sich über die »jährliche Übung« und wiederholte die üblichen Phrasen über Menschenrechtsverletzungen in Kuba, gegen die sich das »Embargo« richte, das nur eines in einer Reihe von Massnahmen seiner Regierung in den Beziehungen zum Nachbarland sei.

Zum zwanzigsten Mal: weltweite Verurteilung der Blockade der USA gegen Kuba

Victor M. Carriba

VEREINTE NATIONEN, 25. Oktober (PL). — Zum zwanzigsten Mal in Folge wurde heute in den Vereinten Nationen die Kuba seit fast einem halben Jahrhundert durch die Vereinigten Staaten auferlegte Blockade verurteilt und deren Aufhebung gefordert.

Mit 186 Stimmen dafür, zwei dagegen (Vereinigte Staaten und Israel) und drei Enthaltungen (Marschallinseln, Mikronesien und Palau) trat die Ablehnung der US-amerikanischen Belagerung durch das Plenarium der UNO - Generalversammlung erneut zutage. Libyen und Schweden nahmen nicht an der Abstimmung teil.

Das fast einstimmige Abstimmungsergebnis bestätigte die weltweite Ablehnung gegenüber der Belagerung von Seiten der USA gegen die Karibikinsel und die Isolierung Washingtons in der Aufrechterhaltung dieser Maßnahme.

Das höchste Forum der Organisation bestätigte die Resolution mit dem Titel "Die Notwendigkeit, die Kuba von den Vereinigten Staaten von Amerika auferlegte wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Blockade zu beenden".

Der Text fordert die strikte Respektierung der Prinzipien der UNO-Charta, unter ihnen die souveräne Gleichheit der Staaten, die Nicht-Intervention und Nichteinmischung in ihre Angelegenheiten und die internationale Freiheit des Handels und der Schifffahrt.

Er hebt auch die Erklärungen der iberoamerikanischen Gipfel über die Notwendigkeit hervor, die einseitige Anwendung von Maßnahmen wirtschaftlichen und kommerziellen Charakters gegen einen anderen Staat zu beseitigen, die die freie Entwicklung des internationalen Handels behindern.

Ebenso drückt er die Sorge aus, dass UNO-Mitgliedsländer die Verbreitung und Anwendung der gesetzlichen Vorschriften des so genannten Helms-Burton-Gesetzes von 1996 weiter betreiben.

Er hält fest, dass diese Art von Vorschriften extraterritoriale Auswirkungen haben, die die Souveränität anderer Staaten, die legitimen Interessen von Einrichtungen oder Personen unter deren Hoheitsgewalt und die Freiheit des Handels und der Schifffahrt beeinträchtigen.

Die Resolution beachtet die Erklärungen und Resolutionen verschiedener zwischenstaatlicher Foren, Organe und Regierungen, die die Ablehnung der internationalen Gemeinschaft und der Öffentlichkeit gegenüber der Verabschiedung und Umsetzung von Maßnahmen dieser Art bekunden.

An anderer Stelle bringt die Generalversammlung der Vereinten Nationen wiederholt ihre Sorge über die Fortsetzung der Verabschiedung und Umsetzung neuer Maßnahmen zur Stärkung und Erweiterung der wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Blockade gegen Kuba zum Ausdruck.

Das höchste Organ drückt auch seine Besorgnis "über die negativen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf das kubanische Volk und Staatsangehörige Kubas mit Wohnsitz in anderen Ländern" aus.

Die Resolution bittet nachdrücklich darum, dass "die Staaten, in denen Gesetze und Maßnahmen dieser Art bestehen und weiterhin angewendet werden, in kürzest möglicher Frist und im Einklang mit ihrem Recht die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um sie aufzuheben oder außer Kraft zu setzen".

Auf die gleiche Weise ruft sie den UNO-Generalsekretär dazu auf, einen Bericht über die Erfüllung der im Lichte der Ziele und Prinzipien der Charta des Internationalen Rechts bestätigten Resolution zu erstellen und ihn im kommenden Jahr vorzulegen.

Ebenso beschließt sie, in das vorläufige Programm der 67. Sitzungsperiode das Thema "Die Notwendigkeit, die Kuba von den Vereinigten Staaten von Amerika auferlegte wirtschaftliche, kommerzielle und finanzielle Blockade zu beenden" aufzunehmen.

Die erste Abstimmung der Verurteilung der Blockade fand am 24. November 1992 statt, als die 47. Ordentliche Sitzung der Generalversammlung mit 59 Stimmen dafür, drei dagegen und 71 Stimmenthaltungen die erste Aussage in diesem Sinne tätigte.

Im vergangenen Jahr und im gleichen Plenum der UNO verurteilten 187 Länder erneut diese Belagerung, gegenüber den einzigen negativen Stimmen der Vereinigten Staaten und Israels und den Stimmenthaltungen der Marschallinseln, Mikronesiens und Palaus.



Votum gegen Obama

Von André Scheer



Fahnenmeer vor der US-Interessenvertretung in Havanna als Protest gegen die Blockade
Foto: Reuters

Zum zwanzigsten Mal in Folge hat die UN-Vollversammlung am Dienstag die Blockade der USA gegen Kuba verurteilt. Bei der Abstimmung in New York, deren Ergebnis bei jW-Redaktionsschluß noch nicht vorlag, wurde erneut eine überwältigende Mehrheit für die von Havanna vorgelegte Resolution erwartet. Im vergangenen Jahr hatten 187 Länder für die Aufhebung der Blockade gestimmt, nur zwei – die USA und Israel – votierten dagegen, drei Staaten enthielten sich.

Es war das dritte Mal in der Amtszeit von US-Präsident Barack Obama, daß die Blockade zum Thema bei den Vereinten Nationen wurde. Nach dem Amtsantritt Obamas auch in Kuba gehegte Hoffnungen auf eine Normalisierung der Beziehungen haben sich längst zerschlagen. Zwar hatte Obama zunächst rhetorisch abgerüstet und einige Verschärfungen der Blockade zurückgenommen, die unter seinem Amtsvorgänger George W. Bush eingeführt worden waren, doch den Wirtschaftskrieg gegen die Insel führt auch er bis heute fort. Zuletzt verlängerte Obama im September die gegen Kuba verhängten Maßnahmen auf der Grundlage des »Gesetzes über Handel mit dem Feind«. Kuba ist das letzte Land, gegen das dieses bereits 1917 – während des Ersten Weltkriegs – verabschiedete Gesetz noch angewandt wird.

Havanna hat wiederholt darauf hingewiesen, daß die Blockade vor allem die Kinder des Landes trifft. So verweigern US-amerikanische Unternehmen unter Verweis auf die Verbote ihrer Administration immer wieder die Lieferung von Medikamenten an kubanische Gesundheitseinrichtungen. So fehlen den kubanischen Ärzten Antibiotika und neue Krebsmedikamente aus US-amerikanischer Produktion. Insgesamt beziffert Kuba die durch die 1962 verhängte Blockade bis zum vergangenen Dezember verursachten Schäden in einem der UNO vorgelegten Bericht auf mehr als 104 Milliarden US-Dollar, unter Einrechnung der Inflation sogar auf 975 Milliarden.

Kuba hatte 1992 zum ersten Mal bei der UN-Vollversammlung eine Verurteilung der Blockade beantragt. Damals stimmten 59 Länder dieser Resolution zu, nur drei votierten dagegen. Allerdings enthielten sich damals noch 71 Staaten der Stimme. Das änderte sich in den folgenden Jahren stetig. So begannen die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, für die kubanische Resolution zu votieren, nachdem Washington die Blockade 1996 im sogenannten Helms-Burton-Gesetz auch auf Unternehmen aus Drittstaaten ausgedehnt hatte, die Geschäfte mit Kuba machen.

In den vergangenen Monaten häuften sich auch in Deutschland Fälle, in denen hiesige Tochterfirmen von US-Unternehmen unter Verweis auf nordamerikanische Gesetze die Blockade auf den deutschen Markt ausdehnten. So verbannte die Internetplattform Ebay kubanische Produkte wie den beliebten Rum Havana Club von seinen Seiten. Der Bezahlendienst PayPal verweigert Onlineshops die Zusammenarbeit, wenn diese Waren von der Insel anbieten. Einige deutsche Finanzinstitute wie die Postbank verweigern Überweisungen nach Kuba, weil ihre »Korrespondenzbank« in den USA sitzt.

In einer am Dienstag in kubanischen Medien verbreiteten Reflexion hat der frühere Präsident des Karibikstaates, Fidel Castro, nicht nur die Überwindung der Blockade gefordert, sondern auch die des kapitalistischen Systems, »das die Ungerechtigkeit auf unserem Planeten in sich trägt und das Überleben der Menschheit gefährdet«.

Quelle:

Portal amerika21.de
Forum für ein anderes Amerika

, 26.10.2011

UN lehnen Kuba-Blockade zum zwanzigsten Mal ab

26.10.2011, 13:18

New York. Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben am Dienstag dieser Woche zum zwanzigsten Mal einer Resolution zur Aufhebung der Blockade gegen die Republik Kuba zugestimmt. 186 Staaten stimmten für die Resolution „Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Kuba“. Die USA und Israel stimmten gegen den Antrag. Die Marshallinseln, Palau und Mikronesien enthielten sich der Stimme. Die Aufhebung der Kuba-Blockade war von der Generalversammlung der Vereinten Nationen erstmals 1992 behandelt worden. Damals stimmten 59 Staaten für die Beendigung der Wirtschaftssanktionen, Drei dagegen, und 71 enthielten sich der Stimme.

Der Außenminister Kubas, Bruno Rodríguez Parrilla, bedauerte bei seiner Ansprache vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen, dass auch 20 Jahre nach der ersten UN-Resolution gegen die Blockade, die Regierung der USA den Konflikt weiterhin als bilaterale Angelegenheit verteidige. Zahlreiche Aktionen der USA gegen Kuba hätten eindeutige Effekte auf Drittstaaten.

Erst in diesem Jahr hatte der Ebay-Konzern für Aufsehen gesorgt, weil er unter Berufung auf die Blockadebestimmungen über seine Tochtergesellschaft Paypal weltweit Zahlungen für kubanische

Produkte unterband. Wie amerika21.de berichtete waren davon auch Online-Händler in Deutschland betroffen.

(jull/PL)



weydingerstrasse 14 - 16, 10178 berlin
tel 030 – 24 00 93 38
e-mail info@netzwerk-cuba.de
www.netzwerk-cuba.de
spendenkonto 323 33 100
postbank berlin (BLZ: 100 100 10)

**UN-Vollversammlung:
186 Länder für Aufhebung der Blockade gegen Cuba, nur USA und Israel
dagegen.**

Pressemitteilung

26.10.2011

Cuba wird in der UN zum 20sten Mal gegen die USA einhellig unterstützt und die US-Administration zur Beendigung der gegen Cuba gerichteten Blockade aufgefordert. Das NETZWERK CUBA fordert Bundesregierung und EU-Staaten auf, sich aktiv für das Ende der US-Blockade einzusetzen.

Am gestrigen Dienstag, dem 25. Oktober 2011 siegte Cuba mit seiner Resolution vor der UN-Generalversammlung zum 20. Mal einhellig gegen die USA. Zur Abstimmung stand eine Resolution Cubas mit dem Titel „Notwendigkeit der Beendigung der Wirtschafts-, Handels- und Finanzblockade initiiert durch die Vereinigten Staaten von Amerika gegen Cuba“ (General Assembly resolution 65/6).

Die Unterstützung für Cuba fiel wieder eindeutig aus: **186 Staaten votierten für die Resolution, 2 dagegen** (Israel und die USA) und drei enthielten sich (Mikronesien, Marshall Inseln und Palau). Damit hat die Weltgemeinschaft die USA wiederholt und fast einstimmig aufgefordert, seine seit über 50 Jahren praktizierte Blockade gegen Cuba zu beenden.

Der Außenminister Cubas, **Bruno Rodríguez Parrilla**, sagte, die USA hätten niemals Unklarheit darüber bestehen lassen, was das eigentliche Ziel der Blockade sei: die legitime Regierung von Cuba zu stürzen. Aber die cubanische Regierung sei auch in Zukunft „*die Regierung des Volkes, aus dem Volk und für das Volk.*“ Und weiter: *“Unsere Wahlen sollen keine Auktionen sein. Es soll keine 4 Mrd. US\$ teuren Wahlkampagnen oder ein Parlament geben, das von lediglich 13 % der Wähler unterstützt wird.”*

Zahlreiche Aktionen der USA gegen Cuba werden in einem Bericht an die UN aufgelistet. Zu den Fallbeispiele gehören auch Effekte, die Drittstaaten betreffen, z.B. horrenden Strafzahlungen an die USA, wenn Finanztransfers mit Cuba erfolgen, oder wenn das dem eBay-Konzern zugehörige PayPal keine Onlinezahlungen für cubanische Produkte vornimmt bzw. solche Unternehmen die cubanischen Produkte aus ihrem Sortiment nehmen müssen. **Der finanzielle Schaden wird auf 104 Mrd. US\$ beziffert** (unter Berücksichtigung des Kursverfalls des Dollars beträgt er gar 975 Mrd. US\$).

Das NETZWERK CUBA e.V., eine Vereinigung von mehr als 40 Cuba-Solidaritätsgruppen in Deutschland, fordert die **Bundesregierung** und die anderen EU-Staaten auf, diese einhellige Willensbekundung der Weltgemeinschaft für eine **sofortige Beendigung der US-Blockade gegenüber der Obama-Regierung nachdrücklich einzufordern.**

Für Rückfragen: Kristine Karch 0173-5313777 und Dr. Edgar Göll 0157-82421146



Quelle:

27.10.2011 / Ausland / Seite 1

Kuba klagt bei WTO gegen US-Blockade

Genf. Kuba hat am Mittwoch bei der Welthandelsorganisation (WTO) Beschwerde gegen die USA eingelegt, weil die Administration in Washington auch weiterhin keinerlei Bereitschaft zeige, die gegen den Karibikstaat gerichteten Blockadegesetze aufzuheben. Kubas Vertreterin Nancy Madrigal berief sich in diesem Zusammenhang auf eine WTO-Entscheidung von 1999, in der von den USA die Aufhebung eines Gesetzes verlangt wurde, wonach Kubas Markenrechte in den Vereinigten Staaten keine Gültigkeit hätten. Am Vortag hatte die UN-Vollversammlung in New York erneut mit 186 Stimmen die Aufhebung der Blockade gefordert. Nur die USA und Israel stimmten gegen die von Kuba vorgelegte Resolution, während sich Palau, Mikronesien und die Marshall-Inseln der Stimme enthielten. Libyen und Schweden waren der Abstimmung ferngeblieben. (PL/jW)



Quelle:

27.10.2011

UNO fordert von USA Ende der Kuba-Sanktionen

Bereits das 20. Votum der Vollversammlung

New York (Agenturen/nd). Das zwanzigste Jahr in Folge hat die Vollversammlung der Vereinten Nationen die USA zur Aufhebung ihrer Sanktionen gegen die Republik Kuba aufgefordert. Bei dem Votum am Dienstag (Ortszeit) in New York stimmten 186 Länder für einen entsprechenden Antrag. Nur die USA und Israel waren dagegen, drei Länder enthielten sich der Stimme.

Die USA hatten Anfang der 60er Jahre ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba abgebrochen und ein umfassendes Handelsembargo gegen das sozialistische Land verhängt, das bis heute gilt.

Kubas Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla warf den USA in einer Rede in New York vor, die wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen sein Land in den vergangenen Jahren noch verstärkt zu haben. Die kubanische Bevölkerung leiste »heldenhaften Widerstand« und weigere sich, auf seine »souveränen Rechte« zu verzichten. Kubas Revolutionsführer Fidel Castro schrieb in der staatlichen Presse, das Votum der Generalversammlung zeige die Notwendigkeit, die »kriminelle Blockade« zu beenden.

US-Präsident Barack Obama hatte sich Ende September offen für einen neuen Kurs in der Kuba-Politik gezeigt. Bedingung sei aber, dass sich das Land für Reformen öffne und seine Mentalität des »Kalten Kriegs« aufgebe, so Obama bei einer Internet-Diskussion mit lateinamerikanischen Journalisten. Der kubanische Außenminister Rodríguez wies Obamas Angebot als »alt und sich wiederholend« zurück.

»Solange ich Präsident bin, werde ich immer bereit sein, unsere Kuba-Politik zu ändern, wenn wir eine ernsthafte Absicht seitens der kubanischen Regierung erkennen, dem Volk Freiheit zu gewähren«, hatte Obama erklärt. Kuba müsse politische Gefangene freilassen und grundlegende Menschenrechte gewährleisten.